Das Feuerwehrwesen des Landes Nordrhein-Westfalen ist durch das Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) vom 10.02.1998 geregelt.

Nach § 1 Absatz 1 FSHG unterhalten die Gemeinden den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehren, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden.

Die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr muss seit 1998 in Brandschutzbedarfsplänen dargestellt und fortgeschrieben werden (§ 22 FSHG), damit eventuell vorhandene Defizite erfasst und behoben werden können.

Ziel der Bedarfsplanung ist die umfassende und begründete Information der Entscheidungsträger von Politik und Verwaltung hinsichtlich des Risikopotentials der Stadt, der Festlegung der Qualität der Gefahrenabwehr (Schutzzieldefinition) sowie der Organisation, Größe und Ausstattung der Feuerwehr.

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes soll dem derzeit noch gültigen Brandschutzbedarfsplan entsprechend dem Zeitraum der von der Bezirksregierung erteilten Ausnahmegenehmigung von den Vorgaben des § 13 FSHG (Vorhaltung einer hauptamtlich besetzten Gruppe) angepasst sein. Die aktuelle Ausnahmegenehmigung gilt bis zum 31.12.2015.

Die Einbringung des Entwurfs erfolgt wie von der Verwaltung zugesagt noch im Jahr 2015.

Die Beratung des Entwurfs wird im zuständigen Haupt- und Finanzausschuss am 20.01.2016 erfolgen, die Beschlussfassung ist für die Ratssitzung am 27.01.2016 vorgesehen.